

# ACHTUNG DIALOGFALLE!

Fouad Hamdan, Leiter Kommunikation, Greenpeace in Deutschland

Präsentiert an der Konferenz „Chefsache Issues Management“, F.A.Z.-Institut, Berlin 7.6.2002

## 1. Dialog zur Ablenkung

Der Dialog mit Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) so wie er vom Bund der Deutschen Industrie (BDI) gewünscht wird, zielt darauf, einen öffentlichen Konflikt mit ihnen elegant zu umgehen. Die gesundheitsschädigenden sowie umweltzerstörenden Praktiken sollen der breiten Öffentlichkeit unbekannt bleiben, um unbefleckt vom Makel der Umweltzerstörung zu bleiben. Warum sollten Vertreter z.B. der Westdeutschen Landesbank (WestLB) mit Umweltschützern vor einem Publikum darüber diskutieren, wie mit WestLB-Kredite Urwälder in Ecuador für eine Ölpipeline zerstört werden sollen? Was hinter verschlossenen Türen endlos diskutiert wird, kann getrost ergebnislos bleiben. Die Kontoinhaber bekommen es nicht mit und haben dann keine Möglichkeit, der WestLB mit einem bewussten Verhalten und den Portemonnaie zu bestrafen.

Fakt: Der BDI propagierte nicht so lange her unter seinen Mitgliedern, u.a. eine „Strategie des Dialogs“ zu führen - mit dem Ziel „einer Annäherung an NGOs ohne die Aufgabe des eigenen Standpunktes“. Der BDI empfiehlt, „nach möglichen gemeinsamen Ansatzpunkten“ zu suchen, „die zumeist nicht im Verhandlungs-Gegenstand selbst liegen, sondern sich auf einer allgemeinen Ebene befinden“.

*Quelle: Rundschreiben des BDI „Strategien zum Umgang mit NGOs“ vom 26. September 2000*

## 2. Erwünscht: Dialog ohne Streit

Nichts fürchtet ein Konzern oder eine Behörde mehr als eine NGO, die beharrlich eine Kampagne führt, die über die Medien die Konsumenten erreicht. Nichts tut der Shareholdervalue-Seele mehr weh, als wenn die Umsatzkurve nach unten zeigt, weil die NGO-Argumente die Verbraucher überzeugen – und nicht die inhaltslosen und bunten Werbeanzeigen eines Konzerns. Eine öffentliche Konfrontation mit NGOs ist unerwünscht, denn sie führt zu einer öffentlichen Debatte. Nestlé hat z.B. den gentechnisch manipulierten Schokoriegel „Butterfinger“ erst dann aus dem Markt gezogen, nachdem Greenpeace die junge Zielgruppe des Konzerns nicht nur erreicht sondern auch überzeugt hatte. Und das Europäische Patentamt (EPA) in München leidet mit ihren Präsidenten Ingo Kober seit 1999 unter einem lädierten Image, weil Greenpeace die lockere Patentvergabe dieser Behörde regelmäßig anprangert. Unsere Ziel ist klar: Keine Gentechnik in Pflanzen und Nahrungsmitteln, und keine Patente auf Leben.

Der von Greenpeace provozierte **konfrontative Dialog** erzeugt den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Vorstände. Deshalb soll aus der Sicht der Industrie ein Dialog wenn schon unvermeidlich, dann bitte nicht öffentlich sein.

Fakt: Dem BDI ist am liebsten im Umgang mit NGOs eine „Strategie der Nichtbeachtung“, die „auf die Ignorierung der Aktivitäten von NGOs“ zielt. Diese Strategie „äußert sich in konkreter Kommunikationsverweigerung und einem ‚business-as-usual‘ Verhalten“. Der Verband weiter:

„Beispiele haben gezeigt, dass die Strategie der Nichtbeachtung bei solchen NGOs, die in der Lage sind, eine breite Öffentlichkeit zu mobilisieren, nicht zu positiven Ergebnissen führt... Diese Strategie ist nur erfolgreich, wenn die zur Debatte stehenden NGOs machtlose, unbekannte und/oder stark ideologische Organisationen sind und/oder die zur Diskussion stehenden Themen nicht auf ein nennenswertes öffentliches Interesse treffen“.

Zur Erinnerung: 1995 hat Shell eine Strategie der Nichtbeachtung gefahren, als Greenpeace forderte, dass die Ölplattform Brent Spar an Land recycelt und nicht versenkt wird. Mit dieser arroganten Haltung haben sie ihr bereits lädiertes Image wegen ihre Politik in Nigeria in die Nordsee versenkt. Die Brent Spar wurde an Land wieder verwertet.

Der BDI empfiehlt eine „Strategie der Konfrontation“ mit NGOs nur mit einem Ziel: „die kompromißlose Durchsetzung der eigenen Position“. Diese Strategie, warnt der Verband, habe jedoch „nur dann Erfolg, wenn es gelingt, die Öffentlichkeit und/oder die politischen Akteure von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen oder wenn ein Unternehmen betroffen ist, für das öffentlicher Druck nicht relevant ist“.

*Quelle: Rundschreiben des BDI „Strategien zum Umgang mit NGOs vom 26. September 2000*

### **3. Dialog für den Profit – mehr nicht**

Dem BDI geht es nicht darum, dass seine Mitglieder grundlegende Produktionsverfahren so weitgehend verändern, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise endlich zustande kommt. Ziel der Gespräche mit NGOs ist es eher, Wirtschaftsinteressen egoistisch mit allen Mitteln zu verteidigen, auch wenn dies auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit von Menschen geht. Jüngste Beispiele über die Uneinsichtigkeit in der Wirtschaft trotz mehr als 20 Jahren Umweltbewegung in Deutschland sind: die entlarvenden Wehklagen der Agrar-Lobby im Angesicht einer industriellen Landwirtschaft, die uns Hormone, Antibiotika und Pestizide auf dem Tisch serviert. Dazu sagen wir: Nein Danke!

Fakt: Der vom BDI empfohlene „lösungsorientierte Dialog“ ist nur dann als Option erwünscht, wenn „beide Seiten profitieren“. Ja, der Profit. Darum geht es im Endeffekt: Die Interessenslage Profit ist höher gestellt, als die Sorge um die Gesundheit der Menschen und den Umweltschutz.

*Quelle der Zitate: Rundschreiben des BDI „Strategien zum Umgang mit NGOs vom 26. September 2000*

### **4. Dialog nur mit durchsetzungsfähigen NGOs**

NGOs sind nur dann „würdige“ Gesprächspartner in Ministerien und Konzernetagen, wenn sie auch vor der Tür stehen und öffentlichen Druck ausüben. Kanadische Holzfirmen wie Interfor in British Columbia reden nur dann mit Greenpeace über die Alternativen zu Kahlschlägen, wenn wir vorher im Wald protestieren und ihren Großkunden in Deutschland – also Verlagen und Papierherstellern - von den verheerenden Folgen der Kahlschläge in Urwäldern berichten. Eine NGO kann nur dann ihre Ziele erreichen, wenn die Gegenseite verstanden hat, dass diese NGO durchsetzungsfähig ist.

Beispiele erfolgreicher öffentlicher und lösungsorientierter Konflikte mit Konzernen:

#### **a. Konflikt mit Shell wegen einer ausgedienten Ölplattform**

Shell hatte 1995 zu spät erkannt, dass die Meere nicht die Müllhalde von Ölkonzernen sein dürfen. Zuvor hatten Autofahrer in Europa und anderswo Shell-Tankstellen gemieden, weil der

Konzern die mit giftigen Stoffen beladene Plattform „Brent Spar“ im Atlantik versenken wollte. Greenpeace-Aktionen gegen die Plattform auf hoher See hatten den nötigen Aufklärungsbedarf über die Arroganz der Macht des Geldes ermöglicht. Gespräche mit Shell hatten vor dem Beginn der Kampagne in die Sackgasse ohne Ergebnis geführt.

Greenpeace blieb nichts anderes übrig, als die Plattform zu besetzen. Der Rest ist Geschichte: Die „Brent Spar“ wurde an Land recycelt und im Juli 1998 hat die Konferenz der Nordostatlantik-Anrainerstaaten (OSPAR) ein Versenkungsverbot für Offshore-Installationen im Nordatlantik beschlossen. „Brent Spar“ gilt deshalb als erfolgreicher Präzedenzfall für den Einfluß von NGOs auf die Politik internationaler Konzerne und Regierungen. Ohne die Kampagne um die „Brent Spar“ wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

#### **b. Konflikt mit McDonalds wegen Gen-Futtermitteln**

Greenpeace-Aktivisten, unterstützt von Hunderten von Ehrenamtlichen in 50 lokalen Gruppe, haben im Jahr 2000 etwa 170 Aktivitäten vor McDonalds-Fillialen durchgeführt. Der Konzern gab nach einer wochenlangen Kampagne nach und wird 2001 den Einsatz von gentechnisch veränderter Soja in den Futtermitteln von Hühnern stoppen. Grund für das späte Einsehen nach ergebnislosen Gesprächen zwischen McDonalds und Greenpeace: Der Konzern begriff, dass seine Argumente nicht ziehen und dass Greenpeace seine Kunden direkt und indirekt via Medien erreicht - und deren Appetit auf „McNuggets“ beeinflusst. McDonalds hat seine Position nicht aus Einsicht im Rahmen eines Dialogs verändert, sondern auf vehementen Druck von Außen.

#### **Beispiele von Dialogfallen**

a. Eine potentielle Dialogfalle war der von Wirtschaftsminister Werner Müller 1999 initiierte „Energie-Dialog“ zwischen Bundesregierung, Energie-Wirtschaft, Chemie- und Autoindustrie, Gewerkschaften und Umwelt-Verbänden. DNR und Greenpeace, haben sich vor der letzten Arbeitssitzung im Jahr 2000 verabschiedet. Grund: Zeitverschwendung, weil die Meinungen und Interessenslagen zwischen den Beteiligten zu unterschiedlich waren. Ein Dialog hat nur dann Sinn, wenn die Gesprächspartner gleichberechtigt agieren und ein gemeinsames Ziel anstreben können. Und das war in dem von Herrn Müller initiierten Dialog nicht der Fall.

b. Der BUND hat seine Beteiligung für den am 22.1.01 geplanten „Zwischenlager-Workshop“ der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) zu Atom-Zwischenlagern in Deutschland kurzfristig abgesagt. Grund: Im Dialog mit der Atomindustrie würde laut BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrt der Verband „lediglich zu einer Mitwirkung dabei herangezogen werden, ‚Lösungen‘ zur Entsorgung des Atommülls zu erarbeiten, um den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu ermöglichen“. Zahrt bewertet den Workshop folglich als „Alibiaktion und nicht als Versuch, kritischen Sachverstand in die Debatte mit einzubeziehen“. Hier sind die Kollegen vom BUND die aufgebaute Dialogfalle rechtzeitig erkannt.

### **5. Rolle von NGOs**

Ein wesentlicher Einfluß internationaler NGOs wie Greenpeace besteht darin, dass sie als Multiplikatoren und Förderer einer globalen Zivilgesellschaft dienen. Ihr Auftrag ist es, die Interessen derjenigen zu vertreten, die sonst keine Stimme haben wie z.B. der Natur, der Artenvielfalt und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die spezielle Stärke internationaler NGOs wie Greenpeace liegt darin, dass sie keinem Herkunftsland besonders verbunden sind, also keine nationalen Interessen berücksichtigen müssen.

Die chinesische Regierung hat Mitte der 90er Jahren Greenpeace in inoffiziellen Gesprächen wissen lassen, daß sie die Arbeit der Organisation durchaus respektiere, aber eine offizielle Tätigkeit in China nicht zulassen könne. Die Begründung war frappierend ehrlich: Das Risiko einer Bewegung zusammen mit chinesischen NGOs sei zu groß. Die Besorgnis ist aus Sicht einer undemokratischen Regierung berechtigt. Heute hat Greenpeace ein Büro in Beijing.

Die Stärke von Umweltorganisationen als Katalysatoren demokratischen Wandels liegt darin, dass dieser nicht ihr direktes Ziel ist. Sie treten für wichtige, praktische Anliegen von Bürgern ein, die zunächst wenig "politisch" erscheinen. In der DDR setzte sich die Bürgerrechtsbewegung aus kirchlichen und umweltpolitisch motivierten Gruppen zusammen. Doch das Eintreten für Umweltschutz erfordert unabhängige und meistens brisante Informationen (Wer ist der Verschmutzer? Welches sind die Gefahren?). Unabhängige Informationsquellen sind für undemokratische Regierungen aber die Herausforderung schlechthin, auch wenn es sich "nur" um die Verschmutzung des Trinkwassers handelt.

Entgegen landläufiger Meinung ist Umweltschutz in der Dritten Welt kein Luxus für die Reichen, sondern bitter nötig für die Armen. Sie sind es, die unter Luftverschmutzung und unhygienischer Trinkwasserversorgung besonders leiden, denen Müll und Abwasser das tägliche Leben unerträglich machen. Effektiver Umweltschutz verbessert ihre Lebensbedingungen und hat deshalb, mehr als in den reichen Industrieländern, große soziale Bedeutung. Diese Tatsache stärkt Umwelt-NGOs gegenüber Regierenden den Rücken, beinhaltet aber auch delikate politische Gradwanderungen. Als Greenpeace 1996 im Libanon gegen die Inbetriebnahme einer Müllverbrennungsanlage - einer Giftschleuder - protestierte, schlossen sich die Bürger dem Protest an. Die libanesische Presse verglich den Protest mit einem "ökologischem Aufstand".

In Demokratien sind NGOs jedoch ein vorgesehener, gewünschter, attraktiver Teil des öffentlichen politischen Diskurses.

Greenpeace ist eine internationale "Pressure Group" für den Schutz der Umwelt - zu dieser Aufgabe ist sie durch etwa 2,5 Mio. Fördermitgliedern weltweit legitimiert.

Unsere Standpunkt: NGOs müssen politisch und wirtschaftlich unabhängig sein. Wer sich direkt oder indirekt finanzieren, bzw. sponsern läßt oder unter harmlos anmutenden Begriffen mit Staat und Industrie kooperiert, kann u.U. rasch ein Problem bekommen. NGOs haben nichts zu verlieren außer ihrer Glaubwürdigkeit. Jeder Manager und Politiker, der NGOs vereinnahmen will, muss sich klar machen, dass er mit Sponsorengelder u.a. eines erreicht: die Rolle von NGOs in Demokratien zu schwächen, also auch die Demokratien bewusst schwächt.

NGOs haben als einzige den Vorteil, dass sie im Gegensatz zu Parteien keine Kompromisse machen müssen. Sie haben den Auftrag ihren „Wähler“, ihre Spender, ihre Rolle als „Wärter“ und ihre Kontroll- und Bewertungsfunktion eindeutig wahr zu nehmen. Dafür ist eine klare Distanz zu Industrie und Politik nötig – und das notwendige Gespür, wenn ein Dialogangebot Erfolge für die Sache erzielen könnte oder nur eine Vernebelungstaktik darstellt.

---

Fouad Hamdan  
Leiter Kommunikation, Greenpeace  
Grosse Elbstrasse 39, D-22767 Hamburg  
Off +49-40-30618346,  
Mob +49-171-8780826,  
Fax +49-40-30618160  
fouad.hamdan@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

ANHANG

**Pressemitteilung vom 22. Januar 2001**

**BUND nimmt nicht am Zwischenlager-Workshop der Reaktorsicherheitskommission teil**

Berlin, 22.01.01: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat seine Beteiligung am morgen und übermorgen in Jülich geplanten "Zwischenlager-Workshop" der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zu Atommüll-Zwischenlagern in Deutschland abgesagt.

Die BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrnt erklärte in Schreiben an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und an die Reaktorsicherheitskommission, man habe den Eindruck dass "der BUND bei diesem Workshop lediglich zu einer Mitwirkung dabei herangezogen werden soll, `Lösungen` zur Entsorgung des Atommülls zu erarbeiten, um den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu ermöglichen".

Der BUND wolle mit dieser Absage nicht die politische Diskussion mit der Bundesregierung und Regierungsstellen verweigern. Mit einer Debatte um `sicherheitstechnische Leitlinien` für die trockene Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente gehe es allerdings letztlich um die Weiterproduktion von Atommüll, nicht um den Ausstieg aus der Atomenergie.

Außerdem sei es für den BUND nicht akzeptabel, dass ein den Umweltverbänden Mitte Januar zugestellter und auf dem Workshop erstmals zu diskutierender Entwurf für diese Leitlinien bereits am 1. Februar von der Reaktorsicherheitskommission abschließend beraten werden soll. Eine tiefere Bearbeitung unter Berücksichtigung grundsätzlicher Kritik sei so nicht möglich.

Angelika Zahrnt in den Schreiben an das BfS und die RSK: "Auf Grund der inhaltlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen empfinden wir den Versuch, den BUND in diesen Workshop einzubeziehen als Alibiaktion und nicht als Versuch, kritischen Sachverstand in die Debatte mit einzubeziehen. Dies können wir nicht unterstützen."

Bei Rückfragen: BUND-Pressestelle/Rüdiger Rosenthal: Tel. 030-27586-425 /-489, Fax: -449, mobil: 0171-8311051; eMail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

---

BUNDnews mailing list - [BUNDnews@bund.net](mailto:BUNDnews@bund.net)  
<http://bund.net/mailman/listinfo/newsletter>